

Studien zum deutschen und europäischen Medienrecht

Band 37

Felix Heimann

**Der Pressekodex
im Spannungsfeld
zwischen Medienrecht
und Medienethik**

PETER LANG
Internationaler Verlag der Wissenschaften

1. Kapitel: Einleitung

In der modernen Gesellschaft erfüllen die Medien eine für das Bestehen und Funktionieren der Demokratie essentielle Aufgabe. Sie sind konstituierend für die freiheitlich demokratische Grundordnung¹ und so „Medium und Faktor“ für die Herausbildung von Meinungen, insbesondere für die so genannte öffentliche Meinung.² Als „Medium“ vermitteln sie Neuigkeiten, Informationen und Hintergrundwissen, da eine direkte Kommunikation mit Betroffenen in den meisten sozialen Sachverhalten ebenso wenig möglich ist wie eine direkte Beobachtung der relevanten Ereignisse durch alle interessierten Menschen. Dabei wird die Macht der Medien umso größer, je geringer die Möglichkeiten zu Primärerfahrung und persönlicher Kommunikation sind.³ Die Menschen sind in einem immer größer werdenden Maße auf die Inhalte der Massenkommunikation angewiesen. Schon heute sind die Medien vermutlich die mächtigste Sozialisationsinstanz in der Gesellschaft. Von ihnen hängt maßgeblich ab, welche Bedeutung verschiedenen Personen oder Gruppen und ihren Themen, Meinungen oder Ideen zuerkannt wird.⁴

Auch wenn der gesamte deutsche Zeitschriften- und Zeitungsmarkt in den letzten Jahren durch sinkende Auflagen⁵ und strukturell zurückgehende Werbeeinnahmen⁶ sowie steigende Kosten und wachsende Konkurrenz besonders durch die elektronischen Medien stark belastet wurde, gelten die Printmedien immer noch als politische Leitmedien. Im Vergleich zur elektronischen Konkurrenz rechtfertigen sie ihre Existenz vor allem durch ihre Inhalte, ihre Qualität und ihren intellektuellen Mehrwert.⁷ Immerhin 51% der erwachsenen Bevölkerung gaben im Jahre 2005 an, täglich zur Tageszeitung zu greifen. Im Durchschnitt las jeder Bürger 28 Minuten täglich in einer Tageszeitung und 12 Minuten täglich in einer Zeitschrift.⁸ 75% der deutschen Bevölkerung gaben an, mehrmals in

1 St. Rspr., vgl. BVerfGE 7, 198, 208; 77, 65, 74; BVerfG, AfP 2007, 110, 113.

2 Groß, DÖV 1997, 133, 134; Hoffmann-Riem/ Plander, Pressereform, S. 33; vgl. auch BVerfGE 10, 118, 121.

3 Vgl. Donsbach, Legitimationsprobleme des Journalismus, S. 76f.

4 Donsbach, Legitimationsprobleme des Journalismus, S. 80.

5 Bei den von der IVW geprüften Tageszeitungen ging die Auflage von 2001 bis 2006 von 28,6 Mio. auf 25,2 Mio. (-11,9 %) zurück, bei den Fachzeitschriften sogar von 27,4 Mio. auf 22,7 Mio. (-17,2 %); s. ZAW, Werbung in Deutschland 2007, S. 204.

6 Hier haben die Tageszeitungen nach zum Teil erheblichen Verlusten in den letzten Jahren 2006 allerdings wieder um 1,3 % auf 4,53 Mrd. Euro zulegen können; ZAW, Werbung in Deutschland 2007, S. 12f.

7 Vgl. Neumann in Deutscher Presserat, Jahrbuch 2006, S. 11f.

8 Zahlen für das Jahr 2005, vgl. Ridder/ Engel in Media Perspektiven 2005, S. 424.

der Woche Zeitung zu lesen, mindestens mehrmals im Monat griffen 84% zu einer Zeitung. Der wichtigste Grund war für praktisch alle Leser (98%) der Wunsch, sich zu informieren.⁹ In Sachen Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Sachlichkeit sowie kritischer und informativer Berichterstattung lagen die Printmedien auf Platz zwei hinter dem in allen Imagekategorien vorne liegenden Fernsehen.¹⁰ Den Ruf der Printmedien als politische Leitmedien bestätigt die Tatsache, dass politisch hoch interessierte Menschen häufiger und länger Zeitung lesen als solche mit geringerem Politikinteresse.¹¹ Das Fernsehen dient demnach eher der Unterhaltung und kurzfristigen Information, während die Zeitungen und Zeitschriften zur nachhaltigeren Beschäftigung mit den behandelten Themen herangezogen werden.

Eine primär durch die Medien hergestellte Öffentlichkeit gehört also zur Grundausstattung moderner Demokratien. Ihre wesentliche politische Aufgabe besteht darin, die Selbstbeobachtung der Gesellschaft durch Erzeugung von Transparenz zu ermöglichen und auf diese Weise die Willensbildung der Bürger und die Entscheidungsfindung der politischen Akteure zu qualifizieren und einander zu vermitteln. Problematisch ist, dass durch die Vielzahl der Medien und ihre tägliche Informationsarbeit eine überkomplexe Dauerkommunikation entsteht, die niemand mehr vollständig wahrnehmen und systematisch prüfen kann. Mit einer Vielzahl von Nachrichten verbindet sich eine Vielzahl von Kommentaren. Nahezu jede Meinung und Bewertung findet ihren Widerspruch. Der Sinn von Öffentlichkeit kann sich aber nicht darin erschöpfen, Chaos zu erzeugen. Konkurrrierende Relevanzansprüche für Themen, konträre Wahrheitsansprüche für Informationen und einander widersprechende Legitimationsansprüche für Meinungen würden sich selber widersprechen, blieben sie nur nebeneinander stehen. Öffentlichkeit leistet allerdings mehr als Komplexitätserzeugung. Durch wechselseitige Interessen und Meinungen finden Selektionen und Prioritätssetzungen statt. Die dadurch unter günstigen Umständen ablaufende Qualitätskontrolle ist vor allem eine Selbstkontrolle der Öffentlichkeit.

Um wirksam zu sein, muss Kontrolle allerdings folgenreiche Kritik sein und zwar in dem Maße, dass diese sanktionsfähig ist und Korrekturen veranlasst. Die Möglichkeiten des Publikums sind dadurch begrenzt, dass es nicht die Voraussetzungen besitzt, als „kollektiver“ Akteur aufzutreten, sondern im Normalfall nur eine Menge schwach vernetzter Einzelner darstellt. Weiterhin fehlt der großen Mehrheit des Publikums die Expertise zum Verständnis der Bedingungen und Folgen dessen, was als Sachverhalt richtig, als Problem beunruhigend und als Lösung effektiv sein mag, weshalb es in wachsendem Maße darauf angewiesen ist, den Bewertungen in den Medien zu vertrauen.

9 Zahlen für das Jahr 2005, vgl. Ridder/ Engel in Media Perspektiven 2005, S. 429.

10 Zahlen für das Jahr 2005, vgl. Ridder/ Engel in Media Perspektiven 2005, S. 433.

11 Zahlen für das Jahr 2005, vgl. Ridder/ Engel in Media Perspektiven 2005, S. 439.

Vor diesem Hintergrund ist die Pressefreiheit zwar eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für eine qualitativ hochwertige Information der Öffentlichkeit. Von der tatsächlichen Nichtzugänglichkeit vieler Informationen abgesehen, beeinträchtigen die unvollkommene Ausschöpfung oder mangelhafte Selektion der erreichbaren Informationen, die Subjektivität deren Übermittlung und Rezeption sowie die Diskrepanz zwischen den Kommunikationsinhalten und den Voraussetzungen der Rezipienten diese aufzunehmen die Chancen zur aktiven Teilnahme an der öffentlichen Diskussion. Das Wissen der Journalisten, ihre Fähigkeiten und ihre Bereitschaft zur Recherche entscheiden wesentlich über die Ausschöpfung der erreichbaren Informationen mit. Ihre Kenntnisse, Weltanschauung und ihr berufliches Selbstverständnis beeinflussen die Selektion von Nachrichten sowie deren Darstellung und ihre Kenntnis des Publikums. Ihr Verhältnis zu den Rezipienten bestimmt, wieweit Medieninhalte den Bedürfnissen und Voraussetzungen der Empfänger angepasst sind und wie die gebotenen Informationen damit überhaupt verarbeitet werden können.¹²

Die im Prinzip der Meinungsvielfalt bzw. des Marktes enthaltene Vorstellung, dass sich die Interessen von Anbieter und Nachfrager einander kontrollierend in Schach halten, funktioniert also insbesondere bei den Massenmedien nicht uneingeschränkt. Erstens ist die Chance einer regulierenden Einflussnahme durch die Nachfrager – das Publikum – nur begrenzt gegeben und zweitens befindet sich jeder Versuch, durch externe Maßnahmen wie Gesetze oder wirtschaftliche Kontrolle die Pressefreiheit zu fördern oder Normverstöße zu Lasten Dritter zu verhindern, in dem Dilemma, eine der Voraussetzungen der Demokratie, nämlich die Freiheit der Kommunikation, einzuschränken. Solche Interventionen von außen können dauerhaft und legitim nur durch eine funktionierende Selbstkontrolle erfolgreich abgewehrt werden. Im Bereich der Presse kommt diese Aufgabe der vor allem ethischen freiwilligen Selbstkontrolle derzeit dem Deutschen Presserat zu. Staatlicher Regelungsverzicht ist allerdings politisch nur zu verteidigen, wenn die professionsinterne Kontrolle zumindest äquivalent funktioniert.¹³

Nimmt man den Begriff der Ethik ernst und meint damit die rationale Begründung und Systematisierung sittlicher Wertmaßstäbe, dann muss sich professionelle Ethik für Journalisten vor allem um die Inhalte des oft für selbstverständlich gehaltenen Berufsethos und dessen Durchsetzung kümmern. Dazu gehört auch, nach fälligen Veränderungen und damit Verbesserungen Ausschau zu halten und sich nicht damit zu begnügen, die seit Generationen überlieferten Vorstellungen von Anstand und Qualität zu rationalisieren und zu bekräftigen. Im Gegensatz zur Orthodoxie des Mittelalters kommt moderner Wissenschaft in einer dynamischen Gesellschaft die Aufgabe der Forschung und der dadurch

12 Vgl. Köcher, Spürhund und Missionar, S. 1f.

13 Vgl. Eisermann, Selbstkontrolle in den Medien, S. 1.

angestoßenen Innovation zu. Dies gilt vor allem für die primär berufsorientierten Wissenschaften wie Medizin, Pädagogik oder eben Journalistik, deren erkenntnisleitendes Interesse darauf gerichtet ist oder es zumindest sein sollte, eine professionelle Praxis zu optimieren. Wenn die Medizin sich in der frühen Neuzeit weiter darauf beschränkt hätte, die überlieferten ärztlichen Praktiken zu kanonisieren, läge die Lebenserwartung vermutlich heute noch immer unter dreißig Jahren. Der medizinische Fortschritt fordert die ärztliche Berufsethik jedoch ständig zu Differenzierungen und Neuerungen heraus. Methodisch gesehen ist es die logisch betrachtete, systematisch kontrollierte Erfahrung, die überlieferte Praktiken als unnütz oder gar kontraproduktiv erweisen und damit ihre Erneuerung auslösen kann. So muss auch eine funktionierende Berufsethik der Journalisten eine rationale, auf Erfahrung zurückgreifende ständige Überprüfung tradiert Anstands- und Qualitätsvorstellungen sein.¹⁴ Wichtig ist ein kritisches Hinterfragen und Infragestellen und damit ein ständiges Prüfen und Weiterentwickeln der journalistischen Ethik. Dies gilt nicht nur für die neuen Medien, die neue Anforderungen und Herausforderungen mit sich bringen, sondern auch für die herkömmlichen Regeln der traditionellen Medien und die Art und Weise ihrer Durchsetzung und Überwachung.

Bei der Gründung des Deutschen Presserates war eine möglichst staatsferne Selbstkontrolle der Presse für das Vertrauen der Presse und der Bevölkerung in diese Einrichtung wichtig. Schließlich waren die Negativerfahrungen während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland noch deutlich präsent. Nach der Gleichschaltung der Presse hatte diese nur noch die Funktion eines staatlichen Propagandainstruments ohne kritische Distanz und damit auch ohne Wächterfunktion. Eine freie Presse hätte dagegen unter Umständen die Hochstimmung und den immer weiter zunehmenden Hitlerkult im Volk kritisch hinterfragen und abmildern können. Dennoch gab es neben dem Misstrauen gegenüber dem Staat, ein solches Misstrauen auch gegenüber einem marktwirtschaftlich entfesseltem Pressewesen und einem nach 1945 ungewohnt emanzipiertem Journalismus.¹⁵ Diese in der damaligen Zeit richtige Lösung der Frage der Selbstkontrolle muss jedoch vor dem Hintergrund wachsender Macht der Medien, immer größerer Probleme mit presserechtlichem Persönlichkeits- und Datenschutz sowie positiver Erfahrungen mit Rechtsanwalts- und Ärztekammern in der heutigen Zeit zumindest nicht mehr die optimale Lösung sein.¹⁶ Da die Aufgaben des Presserates immer noch so notwendig sind wie am ersten Tag seines Bestehens, aber das Vertrauen in seine Kompetenzen zumindest in Teilen der Bevölkerung schwindet, muss sich auch die derzeitige Form der Presseselbstkontrolle einer kritischen Überprüfung unterziehen.

14 Vgl. Pöttker in Holderegger, Kommunikations- und Medienethik, S. 300.

15 Vgl. Baum in Baum, Handbuch Medienselbstkontrolle, S. 112.

16 Vgl. Baum in Baum, Handbuch Medienselbstkontrolle, S. 113.

Die vorliegende Arbeit will zu dieser Diskussion über Form und Inhalt der Selbstkontrolle und ihrer Interpretation und Überwachung der Einhaltung ethischer und presserechtlicher Regeln anregen und auf diesem Weg auch Lösungsmöglichkeiten bestehender Probleme sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Selbstkontrolle aufzeigen.